



# EU-NACHRICHTEN



## MELDUNG DER WOCHE 3

Innovationsbericht: Rückstand der EU muss kleiner werden

## IM FOKUS 4-5

Aktionsplan gegen den Schulabbruch

Interview mit Prof. Weishaupt: „Die Zahlen sind alarmierend“

## PANORAMA 8

Brandenburg ist europäische Exzellenz-Region

## AKTUELL

### Gemeinsame Regeln für den Umgang mit Fluggastdaten

Cecilia Malmström, EU-Kommissarin für Inneres, hat am Mittwoch die Notwendigkeit für einen einheitlichen Umgang mit Fluggastdaten in der EU betont. Mit ihrem jetzt vorgelegten Richtlinienvorschlag will sie zum einen Fahndungsmethoden verbessern, gleichzeitig aber auch einen angemessenen Schutz von Privatsphäre und personenbezogenen Daten gewährleisten. So genannte PNR-Daten dürfen nur zur Bekämpfung von schwerer Kriminalität und terroristischen Straftaten verwendet werden. Die Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten müssen die Daten einen Monat nach dem jeweiligen Flug anonymisieren und dürfen sie insgesamt höchstens fünf Jahre lang speichern. Sensible Daten, die Aufschluss geben könnten über die ethnische Herkunft, die politische Einstellung oder die religiösen Überzeugungen der Passagiere dürfen in keinem Fall von den Fluggesellschaften an die Mitgliedstaaten übermittelt oder in irgendeiner Weise von den Sicherheitsbehörden verwendet werden. Die Mitgliedstaaten sollen auch keinen direkten Zugriff auf die Datenbanken der Fluggesellschaften haben. (ur)



Im Solarkraftwerk Lebrija von Siemens reihen sich insgesamt 60 Kilometer Parabolspiegel aneinander. Die Montage der modularen Einzelteile erfolgt vor Ort in Spanien. Mit 50 Megawatt Leistung liefert das Kraftwerk Strom für über 50.000 spanische Haushalte.

### Mehr Zusammenarbeit erforderlich

## Gute Perspektiven für Erneuerbare Energien

Europa wird seine Ziele für Erneuerbare Energien bis 2020 nicht nur erreichen, sondern sogar übertreffen – wenn die Anstrengungen intensiviert werden. Das besagt der Fortschrittsbericht der Kommission in Vorfeld des EU-Energiegipfels. Die Finanzinstrumente für den Ausbau Erneuerbarer Energien müssen verbessert werden.

**B**is Ende 2010 mussten alle Mitgliedstaaten die Erneuerbare-Energien-Richtlinie in nationales Recht umsetzen. Laut der in dieser Woche vorgelegten Mitteilung der EU-Kommission haben inzwischen alle Mitgliedsländer einen Aktionsplan vorgelegt. Die Umsetzung allerdings ist noch nicht weit gediehen. Die meisten Staaten weisen Defizite auf, nur Deutschland, Schweden und Ungarn sind sowohl bei der Elektrizität als auch beim Verkehr so weit, dass sie die selbstgesetzten Ziele sicher erreichen werden.

Das ist nicht zuletzt eine Frage der Finanzen. „Wir müssen viel mehr in die Erneuerbaren Energien investieren, und wir brauchen intelligente, kosteneffie-

zente Finanzierungsformen“, betonte Energiekommissar Günther Oettinger. Eine Verdoppelung der jährlichen Investitionen in Erneuerbare Energien von 35 auf 70 Milliarden Euro sei notwendig. Außerdem müsse das Geld so effizient wie möglich eingesetzt werden. „Wenn Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und Erneuerbare Energien dort produzieren, wo es kostengünstiger ist, profitieren Unternehmen, Verbraucher und Steuerzahler davon.“

**D**ahinter steht der Wunsch der Kommission nach einer stärkeren Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Einige wollen aber an ihrer eigenen Förderpolitik festhalten. Die von Oettinger

lesen Sie weiter auf Seite 2

angestrebte Harmonisierung der Förderung Erneuerbarer Energien wird auf dem EU-Energie- und Wirtschaftsgipfel am Freitag dieser Woche zwar noch nicht zur Entscheidung anstehen. Dort wird das nicht minder wichtige Thema Energieeinsparung in Zentrum stehen, für das es bislang keine europaweiten verbindlichen Zielsetzungen gibt.

## Angleichung nicht vom Tisch

Der Kommissionsbericht macht klar, dass eine stärker europäische Ausrichtung der Förderung von Fotovoltaik, Wind und Biomasse nicht vom Tisch ist. „Die Konvergenz der Förderregelungen und die Marktintegration müssen verstärkt werden, um sicherzustellen, dass die Erneuerbaren Energien und die dazugehörigen Technologien so bald wie möglich wirtschaftlich wettbewerbsfähig werden“, heißt es im Bericht. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, ihre Maßnahmen besser abzustimmen. Der Bericht nennt dafür drei Mechanismen:

- Erstens sollte ein Land mit Überschüssen an Erneuerbarer Energie diese an Länder verkaufen können, wo die Gewinnung von Strom aus

Sonne, Wind und Wasser teurer ist.

- Zweitens sollen EU-Staaten gemeinsam Projekte zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen anschieben.
- Drittens könnten zwei oder mehr Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis ihre Förderregeln für regenerative Energiequellen ganz oder teilweise harmonisieren.

Eine komplette Angleichung der nationalen Fördermodelle in den 27 Staaten muss dabei nicht am Ende stehen. Oettinger macht sich stark für die gesamteuropäische Perspektive: Windkraft und Sonnenenergie sollten dort gewonnen werden, wo die größten Potenziale vorhanden sind. Mit einem stärker integrierten Ansatz könnten nach Berechnungen des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln (EWI) bis zu zehn Milliarden Euro jährlich eingespart werden.

Dezentrale Formen der Stromerzeugung erfordern andere Netzregeln als herkömmliche große, zentrale Stromerzeugungsformen. Die Fördersysteme sollten daher im Laufe der Zeit angepasst werden, so die EU-Kommission. Damit sollen Marktverzerrungen und unnötig hohe Kosten vermieden werden. Oettinger betonte, er wolle das

deutsche Fördergesetz (EEG) nicht abschaffen. Er sprach sich in einem Interview für das Wüstenprojekt Desertec aus: „Ich will Solarstrom aus dem Mittelmeerraum. Ich

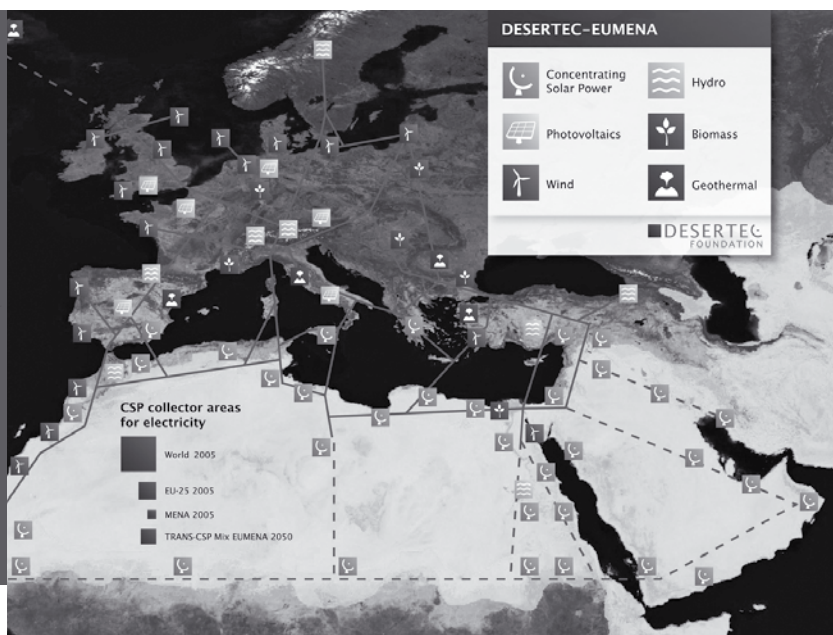


Foto: EU-Kommission

„Wir müssen viel mehr in die Erneuerbaren Energien investieren.“  
Energiekommissar Günther Oettinger

will, dass wir Tunesien, Libyen, Ägypten, Algerien, Marokko ein Angebot machen. Das kann nur die europäische Ebene koordinieren.“ (mb)

➔ [http://ec.europa.eu/energy/renewables/reports/reports\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/renewables/reports/reports_en.htm)



## Desertec

Zusammen mit Partnern aus der Industrie- und Finanzwelt gründete die gemeinnützige DESERTEC Foundation im Jahr 2009 die Industrieinitiative Dii GmbH. Sie will bis 2050 einen erheblichen Anteil des Energiebedarfs der Wüstenländer ändern und darüber hinaus rund 15 Prozent des europäischen Strombedarfs mit sauberem Solarstrom aus der Wüste decken. In sechs Stunden empfangen die Wüsten der Erde mehr Energie von der Sonne, als die gesamte Menschheit in einem Jahr verbraucht.

## Unsichere Rohstoffpreise gefährden Wettbewerbsfähigkeit

Der sichere Zugang zu Rohstoffen ist für die europäische Wirtschaft von entscheidender Bedeutung, besonders für Zukunftstechnologien wie Fotovoltaik oder Elektromobilität. Preisschwankungen und eine drohende Rohstoffknappheit stellen die Industrie derzeit vor Probleme. Die EU-Kommission hat diese Woche erklärt, dass sie für eine umfassende europäische Rohstoffstrategie eintritt. Sie fordert mehr Transparenz auf den Rohstoffmärkten, mehr internationale Kooperation und eine Verknüpfung mit den Finanzmarktreformen.

→ [http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/critical/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/critical/index_en.htm)

## Europäische Finanzaufsicht nun startklar

Die Präsidenten der drei neuen Europäischen Finanzaufsichtsbehörden stehen fest. Das EU-Parlament hat Andrea Enria für die Bankenaufsicht (European Banking Authority), Steven Maijoor für die Wertpapieraufsicht (European Securities and Markets Authority) und Gabriel Bernardino für die Versicherungsaufsicht (European Insurance and Occupational Pensions Authority) als Präsidenten bestätigt. Binnenmarkt-Kommissar Michel Barnier sagte: „Ich bin froh über die Entscheidung des EU-Parlamentes, die Präsidenten der drei neuen Aufsichtsbehörden zu bestätigen. Das ist der letzte Schritt gewesen, nun können die Behörden ihre Arbeit aufnehmen.“

→ [http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/barnier/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/index_en.htm)

## EU ruft zu fairen Wahlen in Ägypten auf

Die EU-Kommission hat ihre Unterstützung für die ägyptische Bevölkerung bekräftigt. Sie appellierte an das Land, einen geordneten Übergang zu einer neuen Regierung sowie faire und freie Wahlen zu ermöglichen. Die Forderungen der Ägypter nach Rechtsstaatlichkeit, Beachtung der Grundrechte und pluralistischer Demokratie müssten entschlossen und in einem angemessenen Zeitraum verwirklicht werden. Dies sei der Weg zu Stabilität und Wohlstand. Die Europäische Kommission ist bereit, Ägypten und seinen Menschen bei dem Übergang zur Seite zu stehen.

→ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/123&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

## MELDUNG DER WOCHE + + +

### Innovationsbericht: Rückstand der EU muss kleiner werden



EU-Forschungskommissarin  
Máire Geoghegan-Quinn

Der EU ist es bisher nicht gelungen, den Rückstand bei den Innovationen gegenüber den USA und Japan wettzumachen. Das geht aus dem jetzt von der EU-Kommission veröffentlichten Leistungsanzeiger der Innovationsunion (IUS) 2010 hervor. Obwohl die Entwicklungen in den meisten EU-Mitgliedstaaten trotz der Wirtschaftskrise viel versprechend sind, seien die Fortschritte zu langsam. Die EU hat aber nach wie vor einen klaren Vorsprung gegenüber den aufstrebenden Volkswirtschaften Indiens und Russlands, Brasilien macht jedoch stetige Fortschritte und China holt schnell auf. Zu der Spitzengruppe bei den Innovationen in der EU zählen Schweden, Dänemark, Finnland und Deutschland. „Innovation ist für eine erfolgreiche moderne Wirtschaft so wichtig wie Wasser für das Leben. Sie ist die beste Möglichkeit der Volkswirtschaften, Arbeitsplätze zu schaffen“, sagte Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn. Der größte Abstand im internationalen Vergleich ist bei den Ausgaben der Unternehmen für Forschung und Entwicklung zu verzeichnen. Die Innovationslücke Europas – so der Bericht – ist in erster Linie auf den privaten Sektor zurückzuführen. Außerdem kommen aus der EU weniger wichtige Patentanmeldungen als aus den USA und Japan. Bei den öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung und dem Export wissensintensiver Dienstleistungen liegt die EU jedoch vor den USA.

→ [www.proinno-europe.eu/metrics](http://www.proinno-europe.eu/metrics)

Foto: EU-Kommission



IM FOKUS

Bildungspolitik

# Aktionsplan gegen den Schulabbruch

Wer als Jugendlicher seine Ausbildung abbricht, hat schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das müsste eigentlich jedem bekannt sein. Denn immer mehr Menschen werden künftig in Berufen tätig sein, die eine gute Ausbildung voraussetzen. Dennoch verlassen mehr als sechs Millionen junge Menschen jedes Jahr in der EU das Bildungssystem ohne eine vernünftige Ausbildung.

Fotos: pxele, Rolf Handke



**D**as heißt, sie haben gerade einmal einen Abschluss der Sekundarstufe I und nicht mehr. In Deutschland ist das maximal ein Realschulabschluss. Ohne eine weiterführende Ausbildung hat ein Jugendlicher heute damit schlechte Karten. Das Risiko, arbeitslos zu werden und von Sozialhilfe leben zu müssen, steigt, die Unzufriedenheit ist vorprogrammiert. Je früher im Leben man dagegen etwas tut, umso größer sind die Erfolgsaussichten. „Europa kann es sich nicht leisten, auf so viele junge Menschen zu verzichten, die einen Beitrag für unsere Gesellschaft und Wirtschaft leisten können“, sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Bei einer Senkung der Schulabbrecherquote in Europa um nur einen Prozentpunkt würde die Wirtschaft in der EU jedes Jahr zusätzlich rund eine halbe Million qualifizierter junger Arbeitnehmer gewinnen.

Die EU hat sich in ihrer Strategie Europa 2020 das Ziel gesetzt, die durchschnittliche Quote der Schulabbrecher auf 10 Prozent zu

senken. Derzeit liegt sie bei 14,4 Prozent. Damit ist der Anteil der Abbrecher seit 2000 immerhin um 18,2 Prozent gesunken. Aber: Es geht zu langsam voran. „Die meisten EU-Länder haben bereits Fortschritte erzielt: die Anzahl junger Menschen, die die Schule mit nur geringen Qualifikationen verlassen, hat sich verringert. Es bleibt aber noch viel zu tun“, sagte die Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, Androulla Vassiliou.

## Vielfältige Gründe

Die EU-Kommission hat nun einem Aktionsplan zugestimmt, um das 10-Prozent-Ziel doch noch zu erreichen. Vor allem soll eine bessere Analyse zeigen, wo genau die Ursachen liegen, denn Schulabbruch hat vielfältige soziale und kulturelle Gründe. Das zeigt sich auch daran, dass die Quoten von Land zu Land sehr unterschiedlich sind. So gibt es in Ländern wie Malta, Portugal und Spanien einen sehr hohen Hand-

lungsbedarf, denn hier liegen die Abbrecherquoten bei über 30 Prozent.

**U**m dieses Ziel zu erreichen, setzt die EU-Kommission vor allem auf mehr Integration. Immer wieder haben Schulstudien gezeigt, dass eine starke Trennung in gute und schlechte Schulen die ohnehin schwächeren Kinder besonders benachteiligt. Darum werden nun Initiativen zur Aufhebung der Segregation unternommen. In Ungarn und Bulgarien etwa werden Schulen unterstützt, die Roma-Kinder aufnehmen. Roma sind in den ost- und südosteuropäischen Ländern die wichtigste Risikogruppe beim Thema Schulabbruch. In den nord- und mitteleuropäischen Ländern sind Kinder mit Migrationsherkunft besonders oft unter den Schulabbrechern. Hier können spezielle Förderprogramme ansetzen.

➔ [http://ec.europa.eu/education/news/news2768\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/news/news2768_de.htm)



Foto: dipf

Schulabbrecher in Deutschland

„Die Zahlen sind alarmierend“

Interview mit Prof. Dr. Horst Weishaupt vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main, Leiter der Arbeitseinheit Steuerung und Finanzierung

*In Deutschland liegt die Schulabbrecherquote laut Eurostat bei 11,1 Prozent. Damit hat Deutschland die Zielmarke von 10 Prozent noch nicht erreicht. Hat Deutschland hier ein ernsthaftes Problem?*

In der Tat zählt das Problem der Schulabbrecher, also Jugendlichen, die ohne qualifizierenden Abschluss für den Arbeitsmarkt oder für weiterführende Schulen die Schule verlassen, zu den größten zukünftigen Herausforderungen des Bildungssystems. Viele Studien zeigen, dass es sich um eine Hochrisikogruppe für spätere Arbeitslosigkeit, Armut, Devianz und Gesundheitsprobleme handelt.

*Wo liegen die Gründe, die zu dieser hohen Abbruchquote führen?*

Um Missverständnissen vorzubeugen: Als Schulabbrecher bezeichnet Eurostat den Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II (Hochschulreife oder Beruflicher Abschluss), die auch keine Bildungseinrichtung mehr besuchen. Es handelt sich damit nicht um „klassische“ Schulabbrecher, die vor Vollendung der Schulpflicht ohne Abschluss von der Schule abgehen. In diesen Eurostat-Zahlen schlägt sich also auch nieder, dass selbst Jugendliche mit Hauptschul- oder Realschulabschluss (eigentlich keine Abbrecher) große Schwierigkeiten beim Übergang in eine berufliche Ausbildung haben. Die Abgängerquote ohne (Hauptschul-) Abschluss von allgemeinbildenden

Schulen, lag 2008 bei 7,9 Prozent der 15- bis unter 17-Jährigen. Diese Quote ist in den letzten Jahren rückläufig. Trotzdem sind die dahinter stehenden 65.000 Jugendlichen eine alarmierende Zahl.

*Was ist mit den so genannten „Sitzenbleibern“? Wie sinnvoll ist es, die Klasse zu wiederholen?*

Die Ergebnisse von PISA haben gezeigt, dass Wiederholer (wie auch Späteingeschulte) im Allgemeinen signifikante Leistungs Nachteile gegenüber Schülerinnen und Schülern haben, die sich nach einem regulären Durchlauf in derselben Jahrgangsstufe befinden. Internationale Erfahrungen zeigen, dass eine verstärkte individuelle Förderung aller Schüler, gerade aber der Leistungsschwächeren, die jedoch nicht zu Lasten der Leistungsstarken gehen darf, höhere Erfolgsaussichten bietet.

*Jungen sind offenbar stärker betroffen als Mädchen. Woran liegt das?*

In den letzten Jahren hat sich die Abgängerquote ohne Hauptschulabschluss bei allen Schülergruppen verringert. Aufgrund der positiven Entwicklungen sowohl bei den Deutschen als auch bei den ausländischen Jungen und Mädchen bleiben aber letztlich die geschlechtsspezifischen Unterschiede sowohl bei den Deutschen als auch bei den Ausländern in ihrer Relation bestehen. Die Gründe sind nicht hinreichend erforscht.

KAMPF GEGEN AN-ALPHABETISMUS

Jeder fünfte 15-Jährige kann nicht richtig lesen und schreiben. Unter den Erwachsenen sieht es nicht viel anders aus. 80 Millionen Europäer verfügen nur über geringe Lese- und Schreibkompetenz. Die EU-Kommission hat nun eine unabhängige Expertengruppe unter Vorsitz der niederländischen Prinzessin Laurentien eingesetzt, die dem Thema in der Öffentlichkeit und in der politischen Diskussion mehr Geltung verschaffen soll. Bildungskommissarin Androulla Vassiliou sagte: „Mit der Einsetzung dieser Gruppe geben wir den Startschuss für eine europaweite Kampagne gegen die Ursachen mangelnder Schreib- und Lesekompetenz. Zu viele Europäer sehen sich vom Arbeitsmarkt und von der umfassenden Teilnahme an der Gesellschaft ausgeschlossen, weil ihnen die grundlegenden Schreib- und Lesefertigkeiten fehlen.“ Die Expertengruppe wird der Kommission Mitte 2012 Vorschläge unterbreiten.

→ [http://ec.europa.eu/education/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/index_de.htm)

## AUSSTELLUNG

### CE-ZEICHEN AUF DER SPIELWARENMESSE NÜRNBERG



Auf jedem in der EU verkauften Spielzeug muss das CE-Zeichen angebracht sein. Es ist für den Verbraucher der Anhaltspunkt, dass ein Produkt allen einschlägigen EU-Vorschriften entspricht und somit in der gesamten EU vermarktet und verkauft werden darf. Wenn ein Hersteller die CE-Kennzeichnung auf einem Produkt anbringt, erklärt er eigenverantwortlich, dass es alle einschlägigen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung von Gesundheitsschutz, Sicherheit und Umweltschutz erfüllt. Produktsicherheit ist auch auf der Spielwarenmesse in Nürnberg vom 3. bis 8. Februar ein Topthema. Die EU-Kommission informiert über die CE-Kennzeichnung in Halle 11.1, Stand E-03, F-04.

→ [www.spielwarenmesse.de](http://www.spielwarenmesse.de)

## AKTUELLES

### SAFER INTERNET DAY

Der kommende Dienstag (8. Februar) ist der europaweite „Safer Internet Day“. Er steht unter dem Motto „Das Internet ist mehr als ein Spiel, es ist dein Leben“. Mit dem Aktionstag soll das Thema Sicherheit im Internet und in den neuen Medien in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. In Deutschland koordiniert die EU-Initiative „klicksafe“ Aktionen und Veranstaltungen. Damit will sie möglichst viele Institutionen, Schulen und Unternehmen dafür gewinnen, sich mit eigenen Aktionen an diesem Tag zu beteiligen. Auf der Webseite von „klicksafe“ ist eine Liste aller Veranstaltungen zu finden.



→ [www.klicksafe.de](http://www.klicksafe.de)

## SEMINAR

### ARBEITNEHMER-RECHTE IN DER EU

Die grenzübergreifende Mobilität von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital innerhalb der EU gehört zu den großen Errungenschaften des Binnenmarktes. Während die Waren- und Dienstleistungsmärkte inzwischen weitgehend europäisiert und liberalisiert sind, liegen die Kompetenzen für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik fast ausschließlich auf Ebene der Mitgliedstaaten. Damit nicht eine Abwärtsspirale bei Lohn-, Arbeitsrechts- und Sozialstandards einsetzt, wird eine stärkere Koordination im Sinne der Arbeitnehmer immer wichtiger. Das EU-Seminar des Europabüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel widmet sich diesem Thema. Es richtet sich an u.a. an Mitglieder lokaler und regionaler politischer Gremien, Gewerkschaften, Presse und Bürgerinitiativen.



27. Februar bis 2. März 2011, Friedrich-Ebert-Stiftung, 38, rue du Taciturne, B-1000 Brüssel

→ <http://journalistenakademie.fes.de>

## VORTRAG

### „IT'S THE ENERGY, STUPID!“

Unter diesem Titel hält EU-Energiekommissar Günther Oettinger am Montag, den 14.2.2011, einen Vortrag im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin. Der Untertitel zu dem Vortrag lautet: „Energiepolitik als nächstes europäisches Integrationsobjekt“. Damit reiht er sich ein in den Diskurs über das europäische Verfassungsrecht, den das Walter-Hallstein-Institut unter dem Titel „Forum Constitutionis Europae“ seit über zehn Jahren führt. Die Vorträge werden auf den Internet-Seiten des Walter Hallstein-Instituts veröffentlicht.

Vortrag „It's the energy, stupid!“ am Montag, den 14.02.2011, um 15 Uhr im Senatssaal der Humboldt-Universität.

→ <http://www.whi-berlin.de/fce>

**Walter Hallstein-Institut**  
für Europäisches Verfassungsrecht



## TERMINVORSCHAU BIS 15.2.2011

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
<b>6.2.2011</b> 18.45 Uhr	Podiumsdiskussion „ <b>Reaganomics – Irrweg oder Blaupause für neues Wachstum nach der Krise?</b> “ <b>Veranstalter:</b> Deutscher Industrie- und Handelskammertag	Haus der Deutschen Wirtschaft Breite Straße 29 10178 <b>Berlin</b>	<a href="http://www.dihk.de">www.dihk.de</a>
<b>7.2.2011</b> 20.00 Uhr	Vortrag „ <b>Die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union</b> “ <b>Veranstalter:</b> Volkshochschule München	Münchner Stadtbibliothek Rosenheimer Straße 5 81667 <b>München</b>	<a href="http://www.muenchner-stadtbibliothek.de/europa">www.muenchner-stadtbibliothek.de/europa</a>
<b>7.-8.2.2011</b> 9.00 Uhr	Seminar „ <b>EU Funds Policies, Regulations and Management</b> “, <b>Veranstalter:</b> European Academy for Taxes, Economics & Law	Maritim Hotel Berlin Stauffenbergstraße 26 10785 <b>Berlin</b>	<a href="http://www.europaeische-akademie.net">www.europaeische-akademie.net</a>
<b>8.2.2011</b> 18.00 Uhr	Lesung „ <b>Bummel durch Europa</b> “ <b>Veranstalter:</b> EIZ-Niedersachsen	EIZ-Niedersachsen Aegidientorplatz 4 30159 <b>Hannover</b>	Anmeldung unter <a href="mailto:eiz@stk.niedersachsen.de">eiz@stk.niedersachsen.de</a>
<b>8.2.2011</b> 18.00 Uhr	Aus der Reihe „ <b>Europa literarisch</b> “ Lesungen mit den belgischen Schriftstellern Lieve Joris und Stéphane Lambert <b>Veranstalter:</b> Vertretung der EU-Kommission, Berlin	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 <b>Berlin</b>	<a href="http://ec.europa.eu/deutschland/termine/20110208_europa_literarisch_belgium_de.htm">http://ec.europa.eu/deutschland/termine/20110208_europa_literarisch_belgium_de.htm</a>
<b>8.2.2011</b> 18.15 Uhr	Vortrag: „ <b>Mehr als eine Finanzkrise. Eine Perspektive aus dem Europäischen Parlament.</b> “ Von: Sylvie Goulard, MdEP <b>Veranstalter:</b> Forum Constitutiones Europae des Walter-Hallstein-Instituts	Lichthof der Humboldt-Universität Berlin Unter den Linden 6 10117 <b>Berlin</b>	<a href="http://www.whi-berlin.de">www.whi-berlin.de</a>
<b>9.2.2011</b> 10.00 Uhr	Dialogforum „ <b>Europa-Schlagzeilen in den Boulevardmedien: Problem oder Chance?</b> “ <b>Veranstalter:</b> Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46/48 14193 <b>Berlin</b>	<a href="http://www.eab-berlin.de">www.eab-berlin.de</a>
<b>9.2.2011</b> 13.00 Uhr	Informationsveranstaltung „ <b>EU-Gelder nach Hessen: Fördermittelpolitik, EU-Programme und Erfolgsschichten</b> “ <b>Veranstalter:</b> Netzwerk Europainfo Hessen	Planungsverband Poststraße 16 60329 <b>Frankfurt</b>	<a href="http://www.europainfo-hessen.de">www.europainfo-hessen.de</a>
<b>9.2.2011</b> 18.00 Uhr	Vortrag „ <b>Europa im 21. Jahrhundert</b> “ mit Gesine Löttsch (MdB) <b>Veranstalter:</b> Schwarzkopf-Stiftung	Schwarzkopf-Stiftung Sophienstraße 28-29 10178 <b>Berlin</b>	<a href="http://www.schwarzkopf-stiftung.de">www.schwarzkopf-stiftung.de</a>
<b>9.2.2011</b> 18.00 Uhr	Diskussion „ <b>Europa 2011 - Was erwartet uns?</b> “ u.a. mit Dr. Henning Arp, Leiter der EU-Kommissionsvertretung München <b>Veranstalter:</b> Europe Direct Informationszentrum Stuttgart	Europahaus Nadlerstr. 4 70173 <b>Stuttgart</b>	Anmeldung unter <a href="mailto:info@europe-direct-stuttgart.de">info@europe-direct-stuttgart.de</a>
<b>10.-11.2.2011</b>	Kooperationsveranstaltung „ <b>Unternehmerforum Luxemburg</b> “ für Unternehmen aus Belgien, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden <b>Veranstalter:</b> u.a. Enterprise Europe Network Trier	LUXEXPO Exhibition Centre 10, circuit de la Foire Internationale 1347 <b>Luxembourg-Kirchberg</b>	Anmeldung unter <a href="mailto:b2fair@cc.lu">b2fair@cc.lu</a>
<b>11.2.2011</b> 17.30 Uhr	Diskussionsforum „ <b>Klima- und Energiepolitik der EU nach Cancún unter ungarischer Ratspräsidentschaft</b> “ <b>Veranstalter:</b> Europäisches Informationszentrum in der Thüringer Staatskanzlei	Thüringer Staatskanzlei Regierungsstraße 72 99084 <b>Erfurt</b>	<a href="http://www.thueringen.de">www.thueringen.de</a>
<b>14.-15.2.2011</b> 9.00 Uhr	Seminar „ <b>Vergaberecht für EU-geförderte Projekte</b> “ <b>Veranstalter:</b> Europäische Akademie für Steuern, Wirtschaft & Recht	Arcotel John F Werderscher Markt 11 10117 <b>Berlin</b>	<a href="http://www.europaeische-akademie.net">www.europaeische-akademie.net</a> <i>Alle Angaben ohne Gewähr</i>

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: [eu-de-kommission@ec.europa.eu](mailto:eu-de-kommission@ec.europa.eu) • Internet: [www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

### Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

### Vertretung in München:

Erhardtstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

### Redaktion & Grafik:

Volker Thomas (vth), Uwe Roth (ur), Hubert Beyerle (hb), Michael Bechtel (mb), Franziska Bornefeld (fb), Annette Conradt, Beate Schmitt • Thomas und Roth (GbR)  
Presse & PR Bülowstraße 66 Aufgang D3 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 23 21 35 • Fax: 030-21 23 21 37 • [info@thomas-ppr.de](mailto:info@thomas-ppr.de) • [www.thomas-ppr.de](http://www.thomas-ppr.de)

### Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Haftungsausschluss: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.

Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2010

Regionalpolitik und Strategie 2020

# Brandenburg ist europäische Exzellenz-Region

Die EU-Kommission hat Wales, Litauen und Brandenburg als „Regions of Excellence“ ausgezeichnet. Sie stehen für die erfolgreiche Umsetzung der Kohäsionspolitik der EU, also die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in den Regionen. Die Auszeichnungen wurden beim fünften Kohäsionsforum in Brüssel verliehen.

In Wales hat die Druckindustrie durch EU-Mittel einen neuen Aufschwung erlebt: Kleine Unternehmen wurden ermutigt, neue Produkte zu erfinden, darunter intelligente Verpackungen und Bio-Geräte. Litauen nutzte Erfahrungen in anderen europäischen Regionen – unter anderem des Landes Berlin – bei der Entwicklung des terrestrischen digitalen Fernsehens. Und in Brandenburg hat nicht nur die Teltower Firma getemed Medizin- und Informationstechnik AG den Ausschlag gegeben. Sie hat mit Unterstützung der EU ein neues Geschäftsmodell für die ambulante Behandlung von Patienten mit chronischer Herzschwäche entwickelt, das in ganz Europa genutzt werden kann. Ebenfalls vorbildlich wirkte das RegEnergy-Projekt, das europäischen Regionen und Gemein-

den mit einem webgestützten Programm geholfen hat, ein EU-weites Netzwerk zur Reform des Wärmeregiesektors aufzubauen.

Die EU-Kohäsionspolitik unterstützt mit einem Budget von nahezu 350 Milliarden Euro für sieben Jahre 455 nationale und regionale Entwicklungsprogramme in der ganzen Union. 2013 läuft der jetzige Finanzierungszeitraum ab. Derzeit stehen verschiedene Optionen für eine Politikreform zur Diskussion. Auf dem Kohäsionsforum, das am Montag und Dienstag in Brüssel stattfand, konnten sich Mitgliedstaaten und Regionen dazu äußern, wie es weitergehen soll. Dazu kamen in Brüssel rund 800 hochrangige Vertreter europäischer Institutionen, Ministerpräsidenten und Minister aus den Mitgliedstaaten zusammen.

Kommissionspräsident Barroso sagte: „Wenn wir unsere Europa-2020-Ziele erreichen, werden wir imstande sein, das Bruttoinlandsprodukt der Union um vier Prozent zu steigern und 5,6 Millionen neue Jobs zu schaffen. Das schaffen wir aber nur, wenn europäische, nationale, regionale und lokale Institutionen erfolgreich zusammenarbeiten.“ Die Kommission wird im Sommer 2011 ihre Vorschläge zur künftigen Kohäsionspolitik unterbreiten.

Für das Land Brandenburg nahm Europaminister Ralf Christoffers die Ehrung in Brüssel aus den Händen von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso entgegen. (vth)

→ [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm)

Fotos: Europaministerium Brandenburg



Der aktuelle Report zur Regionalpolitik der EU. (links).

Kommissionspräsident Barroso überreicht Europaminister Ralf Christoffers die Auszeichnung. (rechts).